

Genossen zur Sonne

RALF KÖPKE

Martin Refle hat es mit der Energie. Anfang der Neunziger Jahre gehörte er zu den Initiatoren, die im Rheiderland, dem nordwestlichen Landstrich zwischen Ems und der niederländischen Grenze, zwei Windmühlen mit 150 kW Leistung als Bürgerwindpark ans Netz brachte. Die ersten in dieser Ecke. Knapp ein Jahrzehnt später gehörte der Ostfrieser zu den Gründungsvätern des Ökostromanbieters Die Strommüxer, der mittlerweile bundesweit rund 7 000 Haushalte versorgt.

Solche Aktivitäten betreut Refle nach Feierabend, tagsüber arbeitet er als freigestellter Betriebsrat im VW-Werk in Emden. Energetisch ist der IG-Metaller dort nicht untätig geblieben. Ende Oktober vergangenen Jahres verwirklichte er bei seinem Arbeitgeber einen langgehegten Wunsch: Ein Solarkraftwerk in Mitarbeiter-Hand. Das Projekt heißt offiziell „Volkswagen Belegschafts-Genossenschaft für regenerative Energien am Standort Emden eG“. Über 200 VW-Werker haben sich mit Einlagen zwischen 2 500 und 10 000 Euro an dieser Energie-Genossenschaft beteiligt. Rund 500 000 Euro kamen so zusammen, die Basis für die Finanzierung der rund 1,3 Mio. Euro teuren Anlage. Mit diesem privaten Eigenkapital entstand ein Solarkraftwerk mit einer Leistung von 250 kW auf dem Dach der Prototypenhalle, das die Genossenschaft zuvor von der Werksleitung für einen symbolischen Preis von jährlich 1 Euro gepachtet hatte.

Keine Ausfälle bei minus 18 Grad

Dank der im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegten Vergütung können die Solar-Genossen mit einer Rendite von „fünf Prozent und x“ rechnen, sagt Initiator Refle: „Das ist etwas Konkretes und hat nichts mit den undurchschaubaren Finanzderivaten zu tun, die mit zur Bankenkrise geführt haben.“ Das Genossenschaftsmodell kommt dem Gewerkschafter wie gerufen: „Jeder Anteilseigner hat das gleiche Stimmrecht. Das alles hat eine breite demokratische Basis, es regiert nicht das große Geld.“ Mehr als ein Jahrzehnt hat Refle für die Verwirklichung der genossenschaftlichen Solaranlage gebraucht, die er als „Beitrag zur Energiewende“ sieht. Im vergangenen Herbst war die Zeit endlich reif. Beim VW-Management gibt es Überlegungen für eine „grüne Fabrik“, das heißt, bei der Produktion soll ab dem Jahr 2018 das Treibhausgas Kohlendioxid nicht mehr anfallen. Da passt ein Solarkraftwerk gut ins Konzept. „Bei der Finanzkrise versprechen sich unsere Kollegen von einer Genossenschaft einfach mehr Sicherheit“, erklärt Refle den Run auf die Anteilsscheine, die innerhalb weniger Wochen vergeben waren.

Die Solar-Genossenschaft bei VW war nicht die einzige, die im vergangenen Jahr in Niedersachsen entstand. „In den Jahren 2007 und 2008 haben sich in unserem Bezirk 24 Energie-Genossenschaften gegründet“, berichtet Jan Eytring, Geschäftsführer des Genossenschaftsverbandes

Angesichts der hohen Energiepreise beteiligen sich immer mehr Bürger an Energie-Genossenschaften und nehmen ihre Energieversorgung in die eigene Hand.



Ehrgeiziges Ziel:
Die Thüga in Bürgerhand

Weser-Ems e.V., der wiederum zum Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (DGRV) gehört. „80 Prozent unserer Neugründungen in diesem Zeitraum entfielen auf den Energiesektor.“ Rund 50 Gründungen von Energie-Genossenschaften hat es nach der DGRV-Statistik im vergangenen Jahr gegeben. „Für dieses Jahr gehen wir von einer ähnlichen Größenordnung aus“, freut sich Vorstandsreferent Adrian Grasse über diesen Trend. Das Gros entfällt auf Solar-Verbände und auf Vorhaben, bei denen Bürger kommunale Nahwärmenetze übernehmen wollen.

Wie das geht, hat Hans-Jochen Henkel mit der Bioenergiedorf Oberrospe eG vorgemacht. Das gleichnamige Oberrospe ist ein Ortsteil der hessischen Kleinstadt Wetter (Kreis Marburg-Biedenkopf) mit gut 850 Einwohnern. 122 Haushalte als eingetragene Genossen beziehen seit Oktober vergangenen Jahres Wärme aus ihrem eigenen Kraftwerk, einem Biomasseheizwerk mit gut 920 kW Leistung. Befeuert wird der Kessel mit Holzhackschnitzeln – was naheliegt. Wetter liegt am Rande des Burgwaldes, eines der größten Forste Hessens. Warum sich viele der Bewohner Oberrosopes zur Mitfinanzierung des rund 3,1 Mio. Euro teuren Heizwerkes entschlossen haben, erklärt Genossenschaftsvorstand Henkel so: „Wir wollten endlich wieder Einfluss auf unsere Energieversorgung haben. Die ständig steigenden Energiepreise hatten bei vielen von uns Ohnmachtsgefühle hervorgerufen.“

Dass sich die Nordhessen bei ihrem Vorhaben als Genossenschaft organisiert haben, ist laut Henkel einleuchtend: „Die Genossenschaften bieten ein hohes Mitbestimmungsrecht.“ Ein weiteres Plus: Der Genossenschaftsverband habe „professionelle Hilfe“ geboten: „Das ist ein erprobtes

Netzwerk, bei dem wir beispielsweise auf eine steuerliche Beratung oder einen Rechtsbeistand zurückgreifen konnten.“ Sozusagen als Co-Finanzier für Projekte bringt der Deutsche Genossenschaftsverband zudem die dezentral gut aufgestellten Raiffeisenbanken mit. Noch einen ganz anderen, praktischen Vorteil des Genossenschaftsmodells sieht Burkhard Flieger, ein „Urgestein der Genossenschaftsbewegung“ (Badische Zeitung): „Das Werben für die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen unterliegt nicht der Prospektspflicht. Mitglieder können problemlos neu eintreten oder auch austreten. So ist es möglich, neue Mitglieder kontinuierlich aufzunehmen und weiteres Eigenkapital zu gewinnen.“

Das könnte in Oberrospe auch passieren. Als Erfolgsstory kann die Energie-Genossenschaft erzählen, dass sie seit mehr als einem halben Jahr ihr Heizwerk ohne Unterstützung eines Energieversorgers managt. „Das klappt wunderbar. Selbst im zurück-

„Solarenergie ist für jeden schnell vermittelbar“

liegenden Winter mit Temperaturen von teilweise bis zu minus 18 Grad hat keiner von unseren Wärmebeziehern frieren müssen“, erzählt Henkel. Zufrieden registriert er, dass das Beispiel seines Ortsteils in den Landkreis ausstrahlt: „Es gibt zwei, drei Dörfer, die sich sehr für unser Projekt interessieren.“

Langfristig denkt die nwerk eG mit Sitz in Osnabrück über den Betrieb eigener Nahwärme sowie über die Stromversorgung für die eigenen Mitglieder nach. Vorstand Otto Wetzig weiß, dass solche Wünsche erst einmal Visionen sind. Wetzig, der in der Bischofsstadt an der Hase gut zehn

Jahre lang für den Bundesverband Windenergie gearbeitet hat, ist froh, dass eine Gruppe von „Energie-Aktivisten“ nwerk endlich aus der Taufe gehoben hat. Anlass für die Gründung war der Ärger über die lokalen Stadtwerke, die erwägen, sich an insgesamt drei Kohlekraftwerken zu beteiligen. „Wir haben mit den Leuten gemeinsam am kommunalen Tisch zur CO₂-Vermeidung gesessen, und dann wollen die Stadtwerke plötzlich gleich in drei Kohlemeiler Millionen investieren“, wettet Wetzig.

Die ersten Vorhaben will nwerk noch in diesem Jahr mit einigen Solarprojekten in der Region Osnabrück beginnen. „Solarenergie ist für jeden schnell vermittelbar“, erklärt Wetzig. Um Miteigentümer, sprich ‚Genosse an diesen Solardächern zu werden, reicht eine Einlage von 500 Euro aus. Für das erste Projekt braucht nwerk 200 Einlagen, das Gros finanziert die Sparkasse Osnabrück: „Da uns die Banker seit Jahren kennen, genießen wir auch einen Vertrauensvorschuss“, sagt Wetzig, der ein Jahrzehnt lang dem Stadtrat angehörte.

500 Euro sind nach den Erfahrungen des Genossenschafts-Experten Flieger eine durchaus gängige Beteiligungsgröße. Dass dagegen eine Energiegenossenschaft 50 000 Euro als Einlage verlangt, wie eine geplante Windenergie-Genossenschaft im nordhessischen Freiensteinau, fällt schon aus dem Rahmen. Auch Flieger, der mit seiner Beratungsfirma innova eG mit Sitz in Freiburg Genossenschaftsgründer berät, sieht einen Trend zu Energie-Genossenschaften: „Ich registriere fast jede Woche eine Neugründung.“ Sein größtes Projekt ist derzeit die Initiative „Energie in Bürgerhand“, mit der Geld gesammelt werden soll, um eine Beteiligung an der Thüga AG zu erwerben. Der Eon-Konzern will sein Tochterunternehmen,

das an mehr als 100 Stadtwerken beteiligt ist, verkaufen – was teilweise zu einer Neuordnung auf Ebene der Kommunalversorger führen wird. Mittlerweile haben sich 1 000 Bundesbürger mit einer Gesamteinlage von rund 8 Mio. Euro an „Energie in Bürgerhand“ beteiligt. Sicherlich keine Summe, die ausreicht, um die milliarden-

„Emden darf kein Einzelbeispiel bleiben“

schwere Thüga zu übernehmen. „Der Gedanke von mehr Beteiligung von Bürgern in der Energieversorgung wird mit Energie in Bürgerhand sicherlich bekannter und gestärkt werden“, sagt Flieger. Als nächsten Schritt hat die Initiative vor, bundesweit für den Einstieg in die geplante Energie in Bürgerhand-Genossenschaft zu werben. Flieger: „In dem Thema steckt noch viel Potenzial, genau wie in den Energie-Genossenschaften.“

Davon muss VW-Betriebsrat Refle nicht überzeugt werden. In Emden soll die Photovoltaikanlage um weitere 30 kW erweitert werden: „Für die Finanzierung haben wir schon Zusagen für Genossenschaftsgelder vorliegen.“ Refle schwebt vor, über die IG Metall in Betrieben Energie-Genossenschaften zu forcieren: „Emden darf kein Einzelbeispiel bleiben.“ Das könnte bald durchaus Wirklichkeit werden. Bei einem Besuch in Emden in der zweiten Mai-Hälfte zeigten sich VW-Vorstandschef Martin Winterkorn und Arbeitsdirektor Horst Neumann „sichtlich angetan“ von der Mitarbeiter-Solaranlage. Die Vorstände signalisierten Zustimmung für weitere Belegschafts-Genossenschaften an anderen VW-Standorten. Das Fazit von Refle: „Ich denke, heute war ein guter Tag für die Idee der Belegschafts-Genossenschaften.“

E&M